

Vorwort

Die politische Bildung steht derzeit aufgrund gravierender Probleme in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – genannt seien nur die Finanz-, Wirtschafts- und Währungs-krise, die zunehmende Spaltung in Arm und Reich, die fortschreitende Erosion der Mittelschicht sowie ein sich daraus speisender, zumindest für Teile des Bürgertums verlockender Rechtspopulismus und ein immer militanter auftretender Neonazismus – nicht bloß hierzulande vor großen Herausforderungen. Eine davon verbindet sich mit dem äußerst schillernden Begriff »Globalisierung« – einem Schlagwort, das ungefähr seit der Jahrtausendwende sowohl den öffentlichen Diskurs wie auch zahllose Fachdebatten beherrscht hat.

Stark dahinter zurückgetreten ist mit dem »Kalten Krieg« eine andere Zentralkategorie der geschichts- bzw. sozialwissenschaftlichen Forschung, beinahe schon in Vergessenheit geraten jene Epoche, die das Alltagsbewusstsein der Menschen, aber auch die Politik, die politische Bildung und die damit befassten staatlichen Institutionen seinerzeit mindestens ebenso stark geprägt hat, wie es nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des real (nicht mehr) existierenden Sozialismus in Mittel- bzw. Osteuropa die Globalisierung tut.

Während der 1950er- und frühen 1960er-Jahre zerfiel die Welt in den westlichen Kapitalismus und den östlichen Staatssozialismus, deren Militärblöcke, NATO und Warschauer Pakt, sich an der quer durch Deutschland verlaufenden Systemgrenze hoch gerüstet gegenüberstanden, was erhebliche Konsequenzen für das »Hinterland«, die Innenpolitik und das geistige Klima der BRD wie der DDR hatte. Die für jüngere Menschen vermutlich kaum mehr nachvollziehbare Eskalation eines weltanschaulichen Großkonflikts ließ politische Gegner zu Feinden werden, spaltete ganze Familien und zerstörte freundschaftliche Beziehungen.

Der militante Antikommunismus verhinderte eine sachliche Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, weil er Feindbilder kultivierte, Fanatismus produzierte und rigide Abgrenzungen gegenüber seinen Kritikern praktizierte. Wer sich nicht ohne Einschränkungen zu einer der beiden Gesellschaftsordnungen bekannte, sondern Kritik an Fehlentwicklungen und Auswüchsen des eigenen Wirtschafts- bzw. Regierungssystems übte, galt schnell als »Nestbeschmutzer« oder als »fünfte Kolonne« der feindlichen Macht. Kurzum: Die Blocklogik des Kalten Krieges, nach der sich damals alles zu richten hatte, war vielleicht noch verheerender als die neoliberale Standortlogik, wonach der Markt, Leistung und Konkurrenz die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen sollen.

Zuletzt haben Politikwissenschaftler/innen bzw. Zeithistoriker/innen die Geschichte von Ministerien und nachgeordneten Behörden aufgearbeitet, darunter z. B. jene des Bundeskriminalamtes (BKA), des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Gesamtdeutschen Ministeriums. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der staatlichen Institutionen während der als »Kalter Krieg« bezeichneten Periode kritisch beleuchtet. Eine Sichtung und Analyse der Archivalien, die sich mit Fragen der staatlichen politischen Bildung befassen bzw. unmittelbar die Bundeszentrale für politische Bildung betreffen, stand bislang jedoch noch aus. Verdienstvoll ist, dass Gudrun Hentges diese Lücke in der Forschungslandschaft mit ihrer Arbeit geschlossen hat.

Sie untersucht die staatliche politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Bundeszentrale für Heimatdienst, die 1963 in »Bundeszentrale für politische Bildung« (BpB) umbenannt wurde. Relevant ist dieses Thema sowohl für die Geschichte der politischen Bildung als auch für die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Analyse der Aufbau- und Gründungsphase der Bundeszentrale für Heimatdienst bzw. ihrer Nachfolgeinstitution, die 2012 ihr 60-jähriges Bestehen feiert, ist eine Studie über eine der bekanntesten staatlichen Einrichtungen. Nach wie vor erfreut sich die BpB bei Schüler(inne)n und Lehrer(inne)n einer großen Beliebtheit, sie spielt aber auch im Bereich der außerschulischen und der Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle.

Im europäischen Vergleich wird deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland mit der Schaffung einer solchen überparteilichen Zentrale, die dem Innenministerium unterstellt wurde, einen bildungspolitischen »Sonderweg« beschritten hat. Während die Bundeszentrale für politische Bildung aus heutiger Sicht meist als »Erfolgsmodell« gefeiert wird, enthüllt Gudrun Hentges im Rahmen ihrer Spurensuche auch dunkle Kapitel der Institution. Durch ihre sorgfältige Auswertung von Primärquellen und Sekundärliteratur legt Gudrun Hentges innere Konflikte und Widersprüche offen, die das erste Jahrzehnt des Bestehens der Bundeszentrale prägten.

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel, deren erstes die bildungspolitischen Vorstellungen der US-amerikanischen und britischen Militärregierungen im Nachkriegsdeutschland unter alliierter Besatzung nachzeichnet. Anhand offizieller Dokumente sowie unveröffentlichter Archivalien aus US-amerikanischen und deutschen Beständen werden die Debatten um Reeducation, Reorientation und Reconstruction zu neuem Leben erweckt.

Das zweite Kapitel nimmt einen Perspektivenwechsel vor: Es behandelt die westdeutschen bildungspolitischen Initiativen und kontrastiert sie mit den US-amerikanischen Ideen und Konzepten. Ausgehend von den Initiativen des Bundeskanzleramtes zur Wiedererrichtung einer Zentrale für Heimatdienst geht es um die Vorstellungen des Bundesinnenministeriums und um Interventionen des Bundespresseamtes. Deutlich wird anhand der präsentierten Archivalien, dass die Gründungsphase der Bundeszentrale

vornehmlich durch Konflikte, Konkurrenzen, Intrigen und Instrumentalisierungsversuche geprägt war.

Struktur, Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Bundeszentrale für Heimatdienst werden im dritten Kapitel vorgestellt. Erneut zeigt sich, dass die Ausrichtung der Bundeszentrale hart umkämpft war. Nicht nur die Besetzung des Kuratoriums und des Beirates sorgte immer wieder für Konfliktstoff, denn Personalfragen sind auch politische Fragen. Bemerkenswert erscheinen vor allem jene Ausführungen, die sich mit den Methoden der Bundeszentrale befassen. Gudrun Hentges weist in ihrer Studie nach, dass selbst Referatsleiter gezielt Kontakte zu – teilweise äußerst fragwürdigen – Publizisten knüpften, deren Artikel und Kommentare die Bundeszentrale in Zeitungen und Zeitschriften lancierte. In detektivischer Kleinarbeit fördert die Verfasserin zutage, dass es sich bei den freien Mitarbeitern teilweise um Personen handelte, deren Berufsbiographien in das Dritte Reich zurückreichen. Exemplarisch dafür stehen die Zusammenarbeit mit Jürgen Hahn-Butry, Angehöriger einer Propagandakompanie und Kriegsberichterstatter des Überfalls auf den Balkan, oder die Kooperation mit Eberhard Taubert, Leiter des Referates »Anti-Komintern« in Göbbels' Reichspropagandaministerium und Drehbuchautor des antisemitischen Films »Der ewige Jude«.

Die politische Bildung im Zeichen des Kalten Krieges und damit einhergehend die Gründung des Ostkollegs ist Gegenstand des vierten Kapitels. Im Frühjahr 1955 vollzog sich insofern ein Paradigmenwechsel, als Staatsminister Ritter von Lex die Bundeszentrale offiziell damit beauftragte, ab sofort die »Infiltration kommunistischer Publikationen« in ihrer Arbeit aufzugreifen. Somit gewann ab Mitte der 1950er-Jahre die »psychologische Abwehr des Kommunismus« zunehmend an Bedeutung. 1957 wurde schließlich das Ostkolleg gegründet, in dessen Aufbauphase Prof. Dr. Gerhard von Mende eine zentrale Rolle spielte. Von Mende war insofern umstritten, als er in seiner Funktion als Leiter der »Führungsgruppe III Fremde Völker« eine zentrale Funktion im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hatte. Als Autor des Buches »Die Völker der Sowjetunion«, das antisemitische Passagen enthält, hatte er schon während der Nazi-Zeit als Experte in »Judenfragen« gegolten und an einem Folgetreffen der Wannseekonferenz teilgenommen, wo die »Endlösung« der Judenfrage beschlossen worden war.

Das von Gudrun Hentges verfasste Werk kann ohne Übertreibung als wissenschaftliche Pionierleistung bezeichnet werden. Durch seine Materialfülle, inhaltliche Dichte und sprachliche Präzision setzt es ganz neue Maßstäbe im Hinblick auf die Erforschung der (west)deutschen Institutionengeschichte im Bereich der politischen Bildung. Besonders stechen die wissenschaftliche Akribie, die Detailbesessenheit und das sichere Urteilsvermögen hervor, mit denen Gudrun Hentges ihren Forschungsgegenstand bearbeitet hat. Trotzdem liest sich das Buch für historisch Interessierte streckenweise wie ein Kriminalroman, so kurzweilig, spannend und packend ist es geschrieben.

Indem Gudrun Hentges die Nachkriegsgeschichte der staatlichen politischen Bildung analysiert, vertieft sie das Verständnis der konflikthaften und widersprüchlichen

Entwicklung einer überparteilichen politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem scheut sich die Autorin nicht, entgegen der fast uneingeschränkt positiven Würdigung der Bundeszentrale für politische Bildung auch auf problematische Erscheinungen hinzuweisen und die Schattenseiten dieser Einrichtung auszuleuchten. Die in einem gut lesbaren Stil geschriebene Arbeit beinhaltet zahlreiche anregende Ideen und die Fachdebatte inspirierende Thesen. Sie stellt einen in mehrfacher Hinsicht herausragenden Beitrag zur politikwissenschaftlichen Forschung dar.

Exzellente Forschungsarbeiten zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Erkenntnisse über den eigentlichen Untersuchungsgegenstand hinausweisen. Aus dieser Studie erfährt man bei der Lektüre nicht bloß viel Neues über den Kalten Krieg, die Einflüsse der Weltpolitik auf die junge Bundesrepublik und die Mechanismen, aufgrund deren er alle Poren der Gesellschaft durchdrang, sondern lernt auch, dass politische Bildung nie durch Parteipolitik, Dogmatismus und Fanatismus bestimmt werden darf, will sie kritisches Denken fördern und Menschen befähigen, autonom in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzugreifen. Noch heute stecken vor allem manche Konservative in den ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges. Seine politisch-moralischen Altlasten zu entsorgen, ist eine Herkulesaufgabe (auch und gerade der politischen Bildung), die aber bewältigt werden muss, wenn sich die Kardinalfehler der Vergangenheit nicht wiederholen sollen. Das vorliegende Buch, dem ich eine weite Verbreitung wünsche, kann dabei eine wichtige Hilfe sein.

Köln, im Herbst 2012

Prof. Dr. Christoph Butterwegge



<http://www.springer.com/978-3-531-18670-2>

Staat und politische Bildung

Von der "Zentrale für Heimatdienst" zur

"Bundeszentrale für politische Bildung"

Hentges, G.

2013, XXVI, 467 S. 33 Abb., 15 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-531-18670-2